

Thomas Schwarz

Wahlentscheidende Aspekte der Gemeinderatswahl 1999 in Stuttgart, Mannheim und Baden-Württemberg

Welche Motive leitet die Wählerinnen und Wähler bei der Stimmabgabe bei Gemeinderatswahlen? Sind es eher überregionale, bundes- und landesweite Einflüsse, die das Wahlverhalten bestimmen oder verhalten sich die Wähler bei Gemeinderatswahlen anders als bei Parlamentswahlen, existiert gar ein eigenständiges Kommunalwahlverhalten¹? Die kommunale Wahlforschung schwankt zwischen zwei Lagern: Das eine Lager bejaht die Existenz eines spezifischen Kommunalwahlverhaltens zumindest in den Ländern mit einem süddeutschen Wahlsystem wie Baden-Württemberg (Löffler und Rogg 1991), das andere Lager reduziert das Wahlverhalten bei kommunalen Wahlen auf den Einfluss der politischen Großwetterlage (Kevenhörster 1983).

Betrachtet man die Gemeinderatswahlergebnisse in Baden-Württemberg in Abhängigkeit von der Gemeindegröße (leider ist diese Darstellung für 1999 noch nicht verfügbar), dann wird man in jedem Fall zu der Erkenntnis gelangen, dass es Unterschiede zwischen großen, mittleren und kleineren Städten und Landgemeinden im Wahlverhalten gibt. Das aber deutet darauf hin: Ein universelles Erklärungsmodell für das Wahlverhalten bei kommunalen Wahlen kann es so nicht geben.

Was spricht für ein eigenständiges kommunales Wahlverhalten?

Grundsätzlich sprechen für eine Eigenständigkeit des Wahlverhaltens auf der kommunalen Ebene die Unterschiede in

der Wahlbeteiligung und in den Stimmenanteilen der Parteien. Kommunalwahlen gelten als politische „Nebenwahlen“ mit einer niedrigeren Wahlbeteiligung. Niveauunterschiede zu den in den Augen der Wähler „wichtigeren“ Landtags- und insbesondere Bundestagswahlen in der Größenordnung von 20 bis 30 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 1) drücken dies aus. Die höhere Stimmenthaltung bei Kommunalwahlen verteilt sich nicht gleichmäßig über alle Alters-, Bildungs- und Sozialgruppen, vielmehr reagieren insbesondere Wähler jüngeren und mittleren Alters (bis 40 Jahre) und Wähler mit niedrigeren sozioökonomischen Status sehr viel selektiver auf die Wahlart (Schwarz, 1992, S. 32 und 36).

Natürlich haben diese unterschiedlichen Mobilisierungseffekte Auswirkungen auf die Wahlchancen der einzelnen Parteien. Begünstigt sind bei Kommunalwahlen daher Parteien mit einem älteren und statushohen Wählerklientel.

Die Bewertung einer Wahl als politische „Nebenwahl“ kann obendrein die Wirkung haben, dass diese Wahl als Protestwahl instrumentalisiert wird, um den etablierten Parteien und noch lieber, den Regierungsparteien einen Denkzettel zu verpassen. Zu erinnern ist hier beispielsweise an die ersten Wahlerfolge der REP bei der Europawahl 1989 (9,2 %) oder der Gemeinderatswahl 1989 (9,5 %).

Ein wichtiger Unterschied zwischen den Kommunalwahlen (in Baden-Württemberg) und anderen Wahlarten liegt im Wahlsystem, konkret im Mehrstimmgebungssystem (so

102

Gegenüberstellung der Wahlergebnisse verschiedener Wahlen in Stuttgart

Wahlbeteiligung Wahlvor- schlag	Gemeinde- ratswahl am 24.10.1999	Europa- wahl am 13.6.1999	Differenz	Gemeinde- ratswahl am 12.6.1994	Bundestags- wahl am 16.10.1994	Differenz
	%	%	%-Pkte	%	%	%-Pkte
Wahlbeteiligung	47,7	46,4	+ 1,3	64,3	80,4	- 16,1
CDU	38,2	42,9	- 4,7	31,4	36,4	- 5,0
SPD	23,4	27,6	- 4,2	26,2	30,9	- 4,7
GRÜNE	13,0	14,3	- 1,3	17,3	13,1	+ 4,2
F.D.P./DVP	6,2	6,2	± 0	7,5	12,5	- 5,0
REP	4,9	3,6	+ 1,3	7,2	3,4	+ 3,8
Freie Wähler	6,4	-	+ 6,4	6,8	-	+ 6,8
Sonstige	8,0	5,3	+ 3,3	3,7	3,6	+ 0,1

viele Stimmen wie Mandate zu vergeben sind) und dabei der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens begründet. Insbesondere jene Wähler, die ihren Stimmzettel verändert abgeben (1999 in Stuttgart: 62, 5 %) und dabei nicht nur die Möglichkeit einer persönlichkeitsorientierten Stimmabgabe durch Kumulierung von Stimmen, sondern auch die wahlvorschlagsübergreifende Vergabe von Stimmen durch Panaschierung nutzen, können im Ergebnis eine Modifikation des Wahlergebnisses herbeiführen, die bei einem Einzelstimmgebungs- oder einem Zweistimmenswahlssystem nicht möglich ist.

In Stuttgart wurden bei der letzten Gemeinderatswahl freilich nur 12,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen als Panaschierungen ausgeteilt (1994 und 1989: 11 %); das zeigt, dass eine wahlvorschlagsübergreifende Wählerartikulation in der Großstadt nur in begrenztem Umfang stattfindet. In Tabelle 2 wird der Unterschied dargestellt, der zwischen dem Stimmzettel- und dem eigentlichen Stimmenergebnis besteht; mittels Differenzrechnung lassen sich die Wirkungen auf das Abschneiden der Wahlvorschläge quantifizieren. Demnach profitieren die kleineren Parteien, GRÜNE, F.D.P./DVP und die Freien Wähler, zu Lasten der beiden größeren Parteien CDU und SPD.

Die besonderen Stimmabgabemöglichkeiten des Kommunalwahlsystems und ein traditionell anderes Politikverständnis (Stichwort Entpolitisierung) auf der kommunalen Politikebene verschaffen parteipolitisch unabhängigen

Gegenüberstellung Stimmzettel- und Stimmenergebnisse bei den Stimmenanteilen und der Sitzverteilung bei der Gemeinderatswahl 1999 in Stuttgart

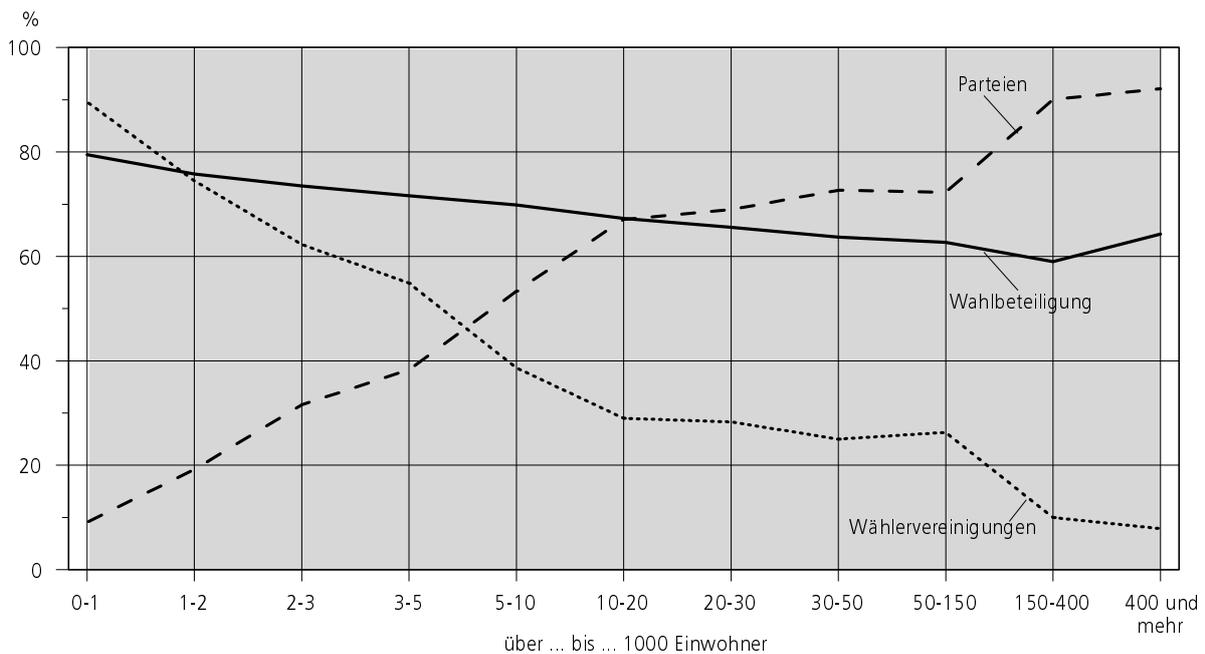
Wahlvorschlag	Differenz des Wahlergebnisses nach Stimmzetteln und Stimmen	
	Stimmenanteile	Sitze
	%-Pkte	Anzahl
CDU	- 3,4	- 2
SPD	- 0,9	- 1
GRÜNE	+ 0,9	+ 1
F.D.P./DVP	+ 1,1	+ 1
Freie Wähler	+ 0,8	+ 1
REP	+ 0,2	± 0
PDS	+ 0,2	± 0
Sonstige	+ 1,1	-

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KOMUNIS

Tabelle 2

kommunalen Wählervereinigungen in Baden-Württemberg eine starke Stellung. Wie Abbildung 1 allerdings erkennen lässt, besteht eine starke Abhängigkeit zwischen der Gemeindegröße und dem Einfluss der Wählervereinigungen.

Stimmenanteile¹ der Parteien und Wählervereinigungen und Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen 1994 in Baden-Württemberg nach Gemeindegrößenklassen



¹⁾ Errechnete gleichwertige Stimmen

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMUNIS

Abbildung 1

In der Großstadt Stuttgart hatte das parteipolitisch unabhängige Element der Freien Wähler allenfalls Mitte der 50er bis Mitte der 60er Jahre (1959 und 1965: 6 Sitze; 1962: 7 Sitze) eine größere quantitative Bedeutung. Dennoch besteht aufgrund der Kandidatur der „Rathauspartei“ und anderer Wählervereinigungen bei Gemeinderatswahlen eine andere Konkurrenzsituation für die etablierten Parteien als bei Parlamentswahlen, und die bleibt auch in Stuttgart nicht ohne Auswirkungen auf die kommunalpolitischen Kräfteverhältnisse.

Welchen Einfluss haben die übergeordneten Politik-ebenen auf den Wahlausgang?

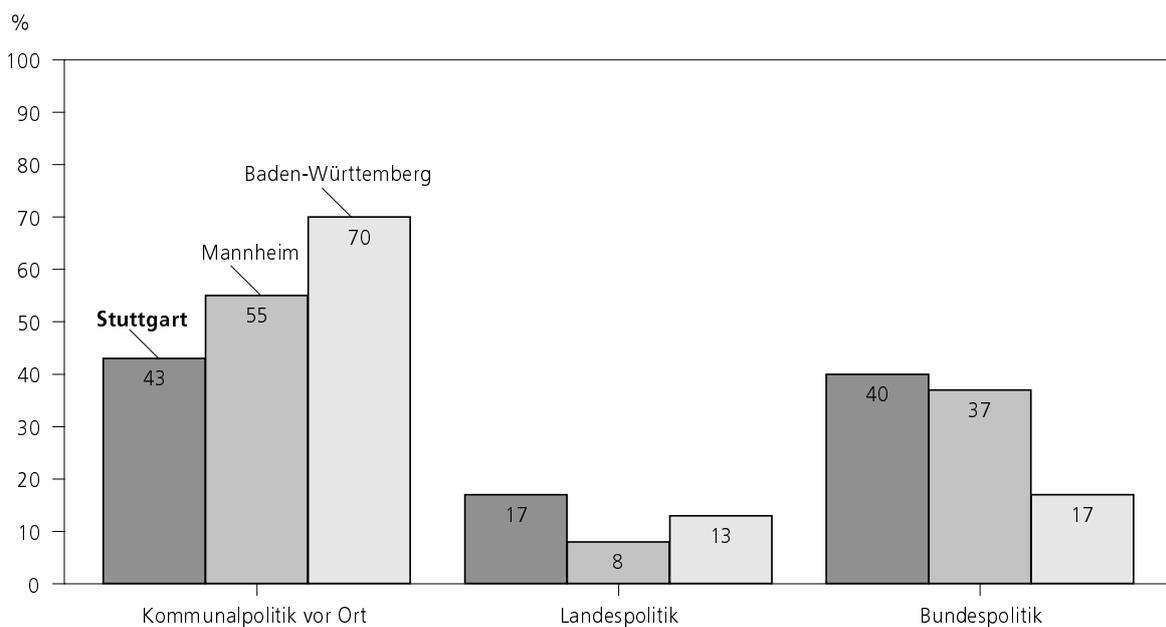
Die direkteste Möglichkeit herauszufinden, von welchen Bestimmungsfaktoren sich die Wähler bei ihrer Stimmabgabe leiten lassen, ist sie zu befragen. Das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap² führte im Auftrag des Südwestrundfunks Stuttgart im Vorfeld der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg eine Vorwahlbefragung³ und eine Wahltagsbefragung unter den wahlberechtigten Einwohnern von Stuttgart, Mannheim und landesweit durch. Sie bildeten die Datenbasis für eine Fernseh- und Rundfunkberichterstattung, bei der, neben der Darstellung der Hintergründe der Wahlentscheidungen, erstmals auch eine Wahlprognose bei einer baden-württembergischen Kommunalwahl durchgeführt wurde.

Welchen Einfluss ist der Bundespolitik und der Landespolitik bei der Wahlentscheidung zuzurechnen? Auf die Frage „Was spielt für Ihre Wahlentscheidung bei der Gemeinderatswahl die größte Rolle?“ antworteten in Stuttgart⁴ 40 Prozent der Befragten die Bundespolitik, 17 Prozent die Landespolitik und 43 Prozent die Kommunalpolitik. In Mannheim war der bundes-, insbesondere aber der landespolitische Einfluss auf den Wahlausgang geringer, der kommunalpolitische Einfluss lag bei 55 Prozent. Im gesamten Land maßen zwei Drittel der Wahlberechtigten der Kommunalpolitik vor Ort die größte Bedeutung zu. Mit steigender Stadtgröße nimmt also der Einfluss der höheren Politikebene signifikant zu (vgl. Abbildung 2).

Die Bedeutung der Bundespolitik spielte für die CDU-Wähler (47 %) die größte und für die Wähler der Freien Wähler (20 %) die kleinste Rolle. Auch die Bedeutung der Landespolitik war für CDU-Wähler (21 %) sehr hoch. Angesichts der positiven Beurteilung der Landespolitik (60 % der Befragten im Land, zeigten sich mit der Arbeit der Landesregierung sehr/ziemlich zufrieden) und dem Stimmungstief, in dem sich die rot-grüne Regierungskoalition in Berlin zum Zeitpunkt der Wahl befand, lässt sich denn auch das gute Abschneiden der CDU (in Stuttgart: + 6,8 %-Pkte = + 5 Sitze; Baden-Württemberg: + 3,9 %-Pkte) entscheidend erklären. Die höchste Bedeutung hatte die Landespolitik für die REP-Anhänger (30 %) bei ihrer Wahlentscheidung (die REP sind seit 1989 im baden-württember-

104

Bedeutung der Politikebenen für die Wahlentscheidung bei der Kommunalwahl 1999 in Stuttgart, Mannheim und Baden-Württemberg

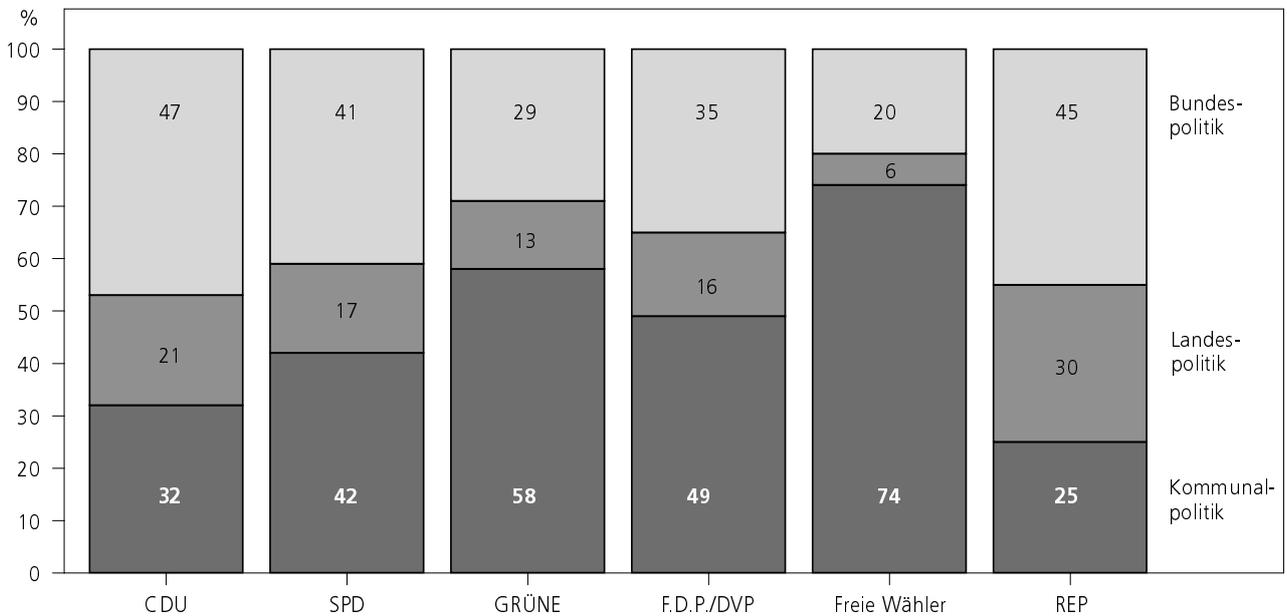


Quelle: Infratest dimap

gischen Landtag vertreten). Von kommunalpolitischen Themen ließen sich mehrheitlich nur die Wähler der Freien

Wähler (74 %) und der GRÜNEN (58 %) in ihrer Wahlentscheidung beeinflussen (vgl. Abbildung 2).

Bedeutung der Politikebene für die Wahlentscheidung bei der Gemeinderatswahl 1999 in Stuttgart nach Wahlvorschlägen



Quelle: Wahltagsbefragung Infratest dimap

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMMUNIS

Abbildung 3

In der Differenzierung nach einzelnen Politikfeldern (vgl. Tabelle 3) wird deutlich, dass insbesondere für die CDU- und die F.D.P./DVP-Wähler die Wirtschaftspolitik (als bundespolitisches Thema) ein ganz wesentlicher Aspekt der Wahlentscheidung war. Für SPD-Wähler spielte die Arbeits-

marktpolitik auch eine relativ große Rolle, während die GRÜNEN-Wähler die Verkehrspolitik als Thema Nr. 1 hatten. Für die Wähler der REP waren die Ausländerpolitik und die Öffentliche Sicherheit und Ordnung die dominanten Politikbereiche.

Bedeutung der Politikfelder für die Wahlentscheidung bei der Gemeinderatswahl 1999 in Stuttgart

Politikfeld	Wähler der ...						Insgesamt
	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P./DVP	Freie Wähler	REP	
	in % (Mehrfachnennungen)						
Wirtschaftspolitik	74	49	33	78	62	23	58
Ausländerpolitik	17	19	33	11	13	76	22
Arbeitsmarktpolitik	32	41	23	26	26	21	31
Verkehrspolitik	9	11	36	11	22	11	15
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	30	17	6	19	29	46	23
Kulturpolitik	9	15	29	10	12	4	14
Schulpolitik	7	10	17	11	8	1	10
Keine Angabe	4	9	7	5	7	3	6

Quelle: Wahltagsbefragung Infratest dimap

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMMUNIS

Tabelle 3

Folgerungen

Die Ergebnisse der Infratest dimap-Wählerbefragung zeigen, wie bereits die Studie des Politikinstituts zur Gemeinderatswahl 1994, sehr deutlich, dass mit steigender Gemeindegröße die Landespolitik und insbesondere die Bundespolitik für die Wahlentscheidungen von Relevanz sind. 60 Prozent der Wähler ließen sich 1999 in Stuttgart von bundes- oder landespolitischen Themen bei ihrer Wahlentscheidung bestimmen. In kleineren Städten und Gemeinden hingegen werden Kommunalwahlstimmen weit überwiegend, aber nicht ausschließlich, nach Gesichtspunkten der Kommunalpolitik vor Ort vergeben.

Kommunalwahlen in Baden-Württemberg sind Wahlen mit einem eigenständigen Charakter, daran lassen diese Befragungsergebnisse nicht zweifeln. Freilich gilt dies für die größte Stadt im Land nur mit deutlicher Einschränkung. Es

fehlen hier die Voraussetzungen für ein ausschließlich persönlichkeitsorientiertes, parteiübergreifendes Wahlverhalten. Unüberschaubarere Strukturen einer Großstadt, eine hohe Bevölkerungsfluktuation (rein rechnerisch wird die Bevölkerung Stuttgarts alle 13 Jahr ausgetauscht) bewirken nicht nur eine niedrigere Wahlbeteiligung, sondern führen auch zu einem Wahlverhalten, das sich entlang der parteipolitischen Bindungen und Neigungen der Wähler bewegt und das in erheblichem Maße in die bundes- und landespolitische Großwetterlage eingebunden ist. Die besondere Persönlichkeits- bzw. Kandidatenorientierung des baden-württembergischen Wahlrechts konzentriert sich im Wesentlichen auf die Beurteilung der Kandidaten der „eigenen Partei“, wobei auch hier wohl in einer Großstadt weniger persönliche Kandidatenkenntnis als vielmehr die Angaben auf dem Stimmzettel für die Stimmabgabe entscheidend sind.

¹ In den Landkreisen zählen dazu neben den Gemeinderatswahlen auch die Wahl der Ortschaftsräte und der Kreisräte; dennoch werden die Begriffe Kommunalwahlen und Gemeinderatswahlen häufig synonym verwendet.

² Für die Überlassung der Umfragedaten ist Herrn Jürgen Hofrichter zu danken.

³ Telefoninterviews mit 1000 nach einer Zufallswahl ausgesuchten Befragten vom 13. bis 18. Oktober 1999; Fehlertoleranz 1,4 (bei einem Anteilswert von 5 %) bis 3,1 Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50 %).

⁴ Eine Studie des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Stuttgart unter Leitung von Prof. Dr. Oscar W. Gabriel kam am Beispiel der Gemeinderatswahl 1994 in Stuttgart zu einem ähnlichen Ergebnis (Gabriel, 1997, S. 162). Danach waren folgende Bestimmungsfaktoren für das Kommunalwahlverhalten verantwortlich: Parteiprogramm 59 %, einzelne Themen 56 %, Kandidaten 46 %, Bundespolitik 36 %, Tradition 34 %, Wahlkampf 15 %.

Literaturverzeichnis:

Gabriel, Oscar W.:

Kommunales Wahlverhalten: Parteien, Themen und Kandidaten,
in: Gabriel, Oscar W.; Brettschneider, Frank; Vetter, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen 1997,
S. 147-168 (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 188).

Löffler, Berthold; Rogg, Walter:

Kommunalwahlen und Wahlverhalten,
in: Pfizer, Theodor; Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, 2. Aufl., Stuttgart 1991, S. 108-124.

Kevenhörster, Paul:

Kommunalwahlen - Instrument bürgerschaftlicher Einflussnahme auf die Kommunalpolitik,
in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, München 1983, S. 157-172.

Schwarz, Thomas:

Wähler und Nichtwähler in Stuttgart. Das Phänomen Wahlbeteiligung aus der Sicht der amtlichen Wahlstatistik,
Stuttgart 1992 (Statistischer Informationsdienst Sonderheft 4).

Schwarz, Thomas:

Einflussfaktoren der Wahlentscheidungen bei Gemeinderatswahlen. Das Beispiel der Landeshauptstadt Stuttgart,
in: Kommunalpraxis Baden-Württemberg, 1995, S. 288-291.

Schwarz, Thomas:

Die Gemeinderatswahl am 24. Oktober 1999 in Stuttgart. Eine Analyse des Wahlverhaltens in räumlicher und sozialstruktureller Differenzierung,
Stuttgart 1999 (Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 4).